



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/44

12. April 1949

In der Schwebe

P. R. Washington-Abkommen, Besatzungstatut, Grundgesetz und interalliierte Fusionsvereinbarungen sind nur Teile eines Ganzes, nämlich der Vorstellung, wie Deutschland in den kommenden Jahren regiert werden soll. Am vergangenen Montag wurde in Godesberg die Problematik dieser Situation in ihrer ganzen Schwere sichtbar. Deshalb entschloß man sich, ein Gremium mit dieser Materie zu befassen, das nach einem Parteitag selbst die größte Autorität genießt. Diese Tagung findet in Hannover statt und es ist denkbar, daß an ihr auch Dr. Schumacher teilnehmen kann.

Über die Entstehung der gegenwärtigen Situation sei kurz noch einmal folgendes gesagt: Am Beginn der Bonner Arbeit standen die Londoner Empfehlungen mit ihrer föderalistischen Auflage. Nicht bestimmt war, wo im einzelnen die Grenze dieser Spezifikation liegen sollte. Alle deutschen Parteien hatten sich schließlich auf einen Vorschlag geeinigt, einschließlich der föderalistischen CDU/CSU. Aber der Vorschlag ging den alliierten Regierungen nicht weit genug. Darauf kamen die bürgerlichen Parteien den alliierten Wünschen abermals entgegen. Die SPD dagegen hielt den Punkt für erreicht, an dem bei aller Anerkennung einer aus den Umständen resultierenden Beschneidung der deutschen Autonomie die völlige Aufgabe auch eines deutschen Mindestselbstbestimmungsrechtes gegeben wäre; ein Zustand, der mit der Verkündung demokratischer Grundsätze für ein neues Deutschland unvereinbar sein müßte. Sie sah darin eine schwere Gefährdung des demokratischen Gedankens in Deutschland selbst, zu der sie nicht ihre ausdrückliche Zustimmung geben wollte. Auch das Besatzungstatut ist trotz der Fortschritte gegenüber dem bisherigen Zustand kein besonders nützlicher Beitrag zur echten Demokratisierung Deutschlands. Es enthält allzuvielen Elemente eines überwachten Mißtrauens und ermuntert mit seinen Vorbehalten, die mehr als nur die Sicherheit der Besatzungsmächte berühren, keineswegs zur Errichtung eines wenigstens innenpolitisch einigermaßen selbständigen Deutschlands.

Der Gedanke, zu Forderungen Nein zu sagen, die man im Sinne der eigenen Ideengänge und im allgemeinen deutschen Interesse für ausgesprochen schädlich hält, hat in der Partei großen Anklang. Ob er sich durchsetzt, ist eine Frage, die noch zu entscheiden ist. Die Argumente auf beiden Seiten halten sich einigermaßen die Waage und

jede Entscheidung trägt ihr Risiko in sich. Das ist nun einmal ein Wesensbestandteil jeder Entscheidung. Wie ernst das Verantwortungsbewußtsein der SPD ist, ergibt sich schlagend aus dem jetzt neu erarbeiteten Entwurf eines besser Organisationsstatut genannten Grundgesetzes. Dieser Entwurf ist nach Umfang und Inhalt im Vergleich zu dem letzten Entwurf des Hauptausschusses stark reduziert. Er stellt die ganze Diskussion auf eine neue Grundlage und bringt eine recht erhebliche Änderung im Verhältnis zwischen Bund und Ländern. Er läßt die Präambel fort und beschränkt sich auf die Aufnahme weniger klassischer Grundrechte und zwar auf solche, die während der Übergangszeit auch effektiv gestaltet werden können. Er verzichtet auf die sogenannten unechten Grundrechte, Kultur- und kirchenpolitischen Inhalts, wie er auch jede an sich wünschenswerte Gestaltung einer Sozialordnung unberücksichtigt läßt. Der neue Entwurf stellt äußerlich mit 124 gegenüber bisher 180 Artikeln eine Streichung um etwa ein Drittel dar.

Wie weit dieser neue Entwurf überhaupt Gegenstand ernster interfraktioneller Verhandlungen werden kann, ist noch eine offene Frage, die nicht allein von der Haltung der Partner, sondern zunächst einmal von den Beschlüssen im Schoße der SPD am Mittwoch nach Ostern abhängt, denn bisher hatte die Partei als Ganzes, das heißt, zumindest ihre leitenden Gremien, dazu noch nicht Stellung bezogen, sondern nur Kenntnis von diesem Entwurf genommen.

Die Krise in Bonn dauert an. Für die SPD geht es dabei nicht um die trotzige Durchsetzung eines unrealistischen Anspruches. Sie will absolut nicht, wie von ihr so gern aus durchsichtigen Gründen gesagt wird, mit dem Kopf durch die Wand. Sie weiß um die Grenzen der deutschen Möglichkeiten und erkeant selbstverständlich die Hypotheken, die auf Deutschland lasten, als unumstößlich an. Aber sie ist nicht bereit, eine Politik und Beschlüsse ausdrücklich gutzuheißen, die sie auch im Rahmen der heute unerläßlichen Vorbehalte jeder deutschen Politik für unvernünftig und schädlich hält. Die Deutschen sollen zu selbständigem politischen Denken erzogen werden. Die Sozialdemokratie tut nichts anderes, als sich an diese Empfehlung zu halten.

Entscheidung am 20. April in Hannover

(sp.) Godesberg, 12. April

Die politische Entscheidung, die man in der gemeinsamen Sitzung des Vorstandes der SPD und ihrer Fraktion in Bonn am Montag, dem 11. April erwartete, ist nochmals vertagt worden. Nunmehr wird am 20. April das gleiche Thema noch einmal vor dem gleichen Kreis in Hannover erörtert werden, der dann aber durch den Parteiausschuß und die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten erweitert sein wird.

Das wesentliche neue Moment der Beratungen am Montag war ein aus der Fraktion hervorgegangener, sehr gestraffter Entwurf für ein Organisationsstatut, der eine gänzlich neue Arbeit darstellt und die Möglichkeit, zu einer Einigung zu kommen, auf ganz neue Basis stellen würde. An der Ausarbeitung dieses Statuts waren in erster Linie die führenden Verfassungsexperten der sozialdemokratischen Fraktion in Bonn, Carlo Schmid, Walter Menzel, Rudolf Katz und August Zinn beteiligt.

Das Kernstück dieser Arbeit besteht darin, daß wieder stärkerer Nachdruck auf die bekannten sozialdemokratischen Vorstellungen von der notwendigen Rolle eines Bundesrates in einem künftigen Bund gelegt wird, dagegen in der Frage der Finanzhoheit des Bundes möglicherweise Korrekturen der bisherigen Einstellung vorgenommen werden.

Die sogenannte Lösung des Siebener-Ausschusses ist für die SPD in jeder Falle erledigt, zumal auch die Kreise in der Partei, denen an sich sehr viel an einer positiven Beilegung der gegenwärtigen Krise liegt, davon überzeugt sind, daß diese Grundlage für die SPD recht schlecht war, auch wenn man in dem Willen, alles zu einer Einigung möglichste beizutragen, schließlich darauf verzichtete. Nachdem aber die CDU/CSU und die anderen Parteien diese Bahn verlassen haben, sieht sich die SPD, wie mehrfach ausdrücklich gesagt worden ist, nicht mehr daran gebunden.

Die Verhandlungen am Montag standen unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer. Später machte Walter Menzel mit Einzelheiten des erwähnten neuen Entwurfes bekannt, woran sich wiederum eine lebhafte Aussprache über Inhalt und die Aussichten dieses Dokumentes anschloß. Der Widerhall auf diese Vorschläge war, wie man hört, allgemein sehr lebhaft, auch ganz überwiegend positiv.

Das Kommuniqué

Über die Parteivorstandssitzung wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben:

Partei Vorstand und sozialdemokratische Fraktion beim Parlamentarischen Rat befaßten sich am Montag, dem 11. April mit der in Bonn entstandenen neuen Situation. Es wurde im Anschluß an die Berichte

von Professor Carlo Schmid und Dr. Walter Menzel sowie an die sich anschließende Diskussion einstimmig die folgende EntschlieÙung gefaÙt:

"Die durch die Intervention der Militärgouverneure und das Verhalten der CDU/CSU entstandene Lage war Gegenstand der Beratungen des Parteivorstandes und der Fraktion. Der Parteivorstand billigt die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion im Parlamentarischen Rat, ebenfalls die Ablehnung der neuen Kompromißvorschläge der CDU/CSU. Der Parteivorstand stellt fest, daß die CDU/CSU durch die Aufkündigung des Kompromisses die schnelle Regelung des Grundgesetzes durch eine große Mehrheit verhindert hat.

Am Mittwoch, dem 20. April 1949, wird eine gemeinsame Sitzung von Parteivorstand, Parteyausschuß, Fraktion im Parlamentarischen Rat und sozialdemokratische Ministerpräsidenten in Hannover stattfinden, die sich mit der Lage in Bonn beschäftigen soll.

An der Internationalen Sozialistenkonferenz am 14. bis 16. Mai in Amsterdam werden als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie Erich Ollenhauer, Fritz Henßler, Hermann Veit und Herta Gotthelf teilnehmen".

Zum Besatzungsstatut

Die Stellungnahme des Parteivorstandes zum Entwurf eines Besatzungsstatuts hat folgenden Wortlaut:

Es ist zu begrüßen, daß dem Wunsch, dem Parlamentarischen Rat Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf des Besatzungsstatuts zu geben, entsprochen worden ist.

Das Statut erlaubt auf einiger Gebieten den Deutschen eine umfassendere Selbstregierung als bisher.

Andererseits darf nicht übersehen werden, daß die Besatzungsmächte in dem Statut festlegten, daß sie nach wie vor die Ausübung der obersten Gewalt in Deutschland beibehalten. Wesentlich wird Art und Weise der Handhabung des Statuts sein. Bei einer weisen Anwendung kann es zu einer allmählichen Erweiterung der deutschen Autonomie führen.

Die SPD bedauert, daß der Anregung, eine schiedsrechtliche Instanz einzuführen und damit ein rechtsstaatliches Prinzip zu verwirklichen, nicht Rechnung getragen worden ist. Die eigentliche Bedeutung des Statuts läßt sich erst in Verbindung mit dem Fusionsabkommen der Besatzungsmächte werten.